

(Abgeordneter Sindermann.)

(A) Nun ist vor allen Dingen darauf hingewiesen worden, daß die veränderten Zustände eine veränderte Gesetzgebung bedingen. Trägt man den veränderten Verhältnissen Rechnung, so muß man unseren Antrag annehmen und ein freies Koalitionsrecht schaffen und alle Bestimmungen, die dem heutigen Koalitionsrechte entgegenstehen, beseitigen. Täuschen Sie sich nicht darüber, daß jetzt der Zug der Demokratie in Deutschland eine wesentlich stärkere Förderung erfährt als früher. Wenn Sie auch durch Ihre Vertreter, wie das zuletzt in einer Versammlung im vierten sächsischen Reichstagswahlkreise in der „Reichskrone“ geschehen ist, von einem Ihrer Herren Debatteredner, Herrn Dr. Wildgrube, der erklärt hat, das deutsche Volk sei noch nicht reif, um das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht zu bekommen, solche Äußerungen aussprechen lassen, so meinte er damit, das deutsche Volk, soweit es einer anderen Partei als der konservativen seine Stimme gibt, sei nicht reif dafür. Glauben Sie nicht, daß das deutsche Volk nicht reif sei, um zu verstehen, was notwendig ist, um sein Geschick in die Hand zu nehmen? Das versteht es vorzüglich. Sie sehen auch, daß es das versteht. Am Mittwoch war oft die Rede davon, daß die Sozialdemokratie die bekannte Höhe erreicht habe und von dieser Höhe langsam herunterkommen wird. Der Führer der Nationalliberalen, Herr von Bennigsen, war es, der vor 30 Jahren diesen Ausspruch getan hat. Seit den 30 Jahren sind wir von der Höhe so sehr heruntergeklettert, daß wir uns so wohl in Deutschland wie selten eine andere Partei befinden. Wir werden von dieser Höhe, wenn man das mit dem Herunterklettern meint, noch ganz bedeutend herunterkommen. Sie sorgen für das Material, daß es uns in der Bevölkerung an Zufluß von Vertrauen absolut nicht fehlen kann. Es war gar nicht im Scherz gemeint, wenn ein Fraktionsgenosse betonte, wir könnten die Reden, die die Herren Abgeordneten Dr. Schanz, und Dr. Böhme gehalten haben, als Agitationsflugblatt herausgeben; dann würden Sie sich, Herr Abgeordneter Dr. Schanz, nicht mehr darüber beschweren, daß Ihre Ausführungen und die des Herrn Dr. Böhme in der sozialdemokratischen Presse wenig Berücksichtigung fänden. Diesem Übelstande können wir ganz gut abhelfen, wenn Sie uns die Erlaubnis geben.

Aber Sie müssen bei dem Zuge, der heute lebendig ist und der immer mehr nach links geht, die Entwicklung der Verhältnisse nicht übersehen und nicht das, daß Deutschland heute ein großer Exportstaat, ein großes Exportland geworden ist. Wir sind gezwungen, mit dem Auslande Handelsverträge abzuschließen und der deutschen Industrie neue Absatzgebiete zu erobern. Hieran haben Industrielle, Ingenieure, Werkmeister, Wissenschaftler, Arbeiter, Hand-

werker alle zusammen ein großes Interesse, nicht zuletzt auch die Landwirtschaft, weil sie sich in der glücklichsten Position in Deutschland befindet. Jeder andere Geschäftsmann, der seine Ware fabrizieren oder absetzen will, muß einen Stab von Reisenden und Agenten unterhalten. Bei Ihnen holt man die Ware aus der Scheune. In dieser Beziehung sind Sie jedem anderen Stande gegenüber in Deutschland in einer günstigeren Position. Das ist nicht zu leugnen, Herr Kollege Schmidt. Ich verstehe es ja, wenn Sie immer jammern und sagen: uns geht es schlecht, — um wieder neue Zölle herauszuschlagen! In dieser Beziehung ist es vollständig richtig, daß die Landwirtschaft sich jetzt in der günstigsten Position befindet durch die fortwährende Zollsteigerung, bis die Katastrophe dann einmal kommen muß, wenn die späteren Güterinhaber, die so furchtbar hohe Preise für den Erwerb jetzt bezahlen müssen, sie nicht mehr halten können. Das ist zu gleicher Zeit ein Wink für die Regierung, im Bundesrat dafür einzutreten, daß die Zölle herabgesetzt werden und langsam verschwinden müssen.

Sie haben sich darüber beschwert, daß zunächst hier bei uns in Deutschland auf dem Gebiete des Kampfes es ziemlich robust in den letzten Jahren zugegangen ist. Das ist gar nicht der Fall. Es ist zu konstatieren, daß bei allen den Gewerkschaftsführern, die man hier soviel geschmäht hat, indem man meinte, sie wären froh, daß Streiks ausbrechen usw., um ihre Position zu befestigen, gerade das Gegenteil richtig ist,

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

die Gewerkschaftsführer in Deutschland sind sich alle einig, daß zunächst das eine Ziel in den nächsten Jahren erreicht werden muß, Tarifgemeinschaften abzuschließen, Tarifverhandlungen herbeizuführen, um solche Kämpfe, wie sie in der Vergangenheit noch Mode waren, in der Zukunft unmöglich zu machen. Sie haben das lebendigste Interesse daran, gerade auf dem Wege der Tarifverhandlung mit dem Unternehmertum langfristige Vereinbarungen zu treffen, um ebenfalls auch in dem betreffenden Beruf den Frieden zu erhalten. Aber es ist selbstverständlich, daß, wenn es in den letzten Jahren bei den Tarifverhandlungen zu keinem günstigen Abschluß kommen konnte, die Arbeiterschaft empört über das geringe Einkommen und die Steigerung der Lebensmittel und der Wohnungspreise gewesen ist und daß das eben der Hauptanstoß war, daß solche Kämpfe stattfinden mußten. Nun hinterher zu kommen und zu sagen: wir sollten solche Kämpfe unmöglich machen durch stärkeren Schutz der Arbeitswilligen, das hieße mit anderen Worten eine große Kulturbewegung zu zerstören. Denken Sie an die